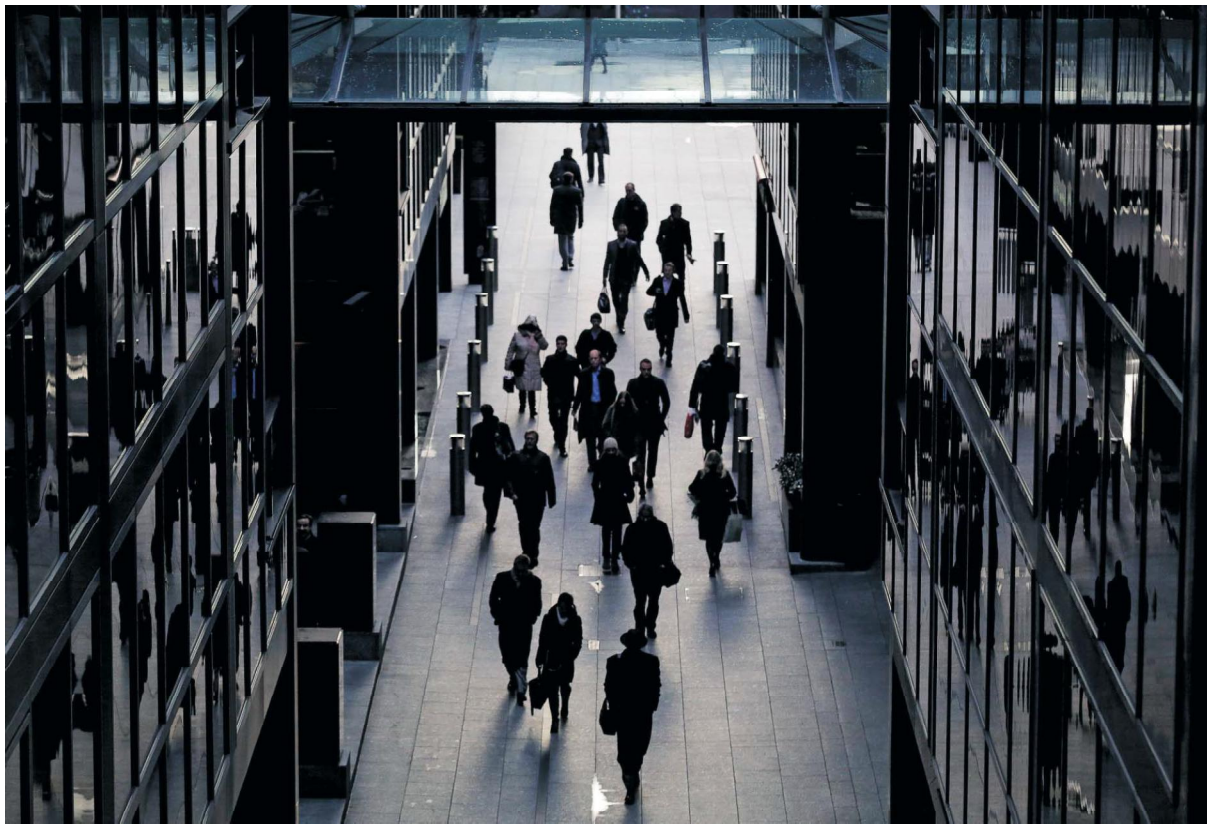


Wirtschaft



Die UBS in London: Die Bank musste 1,2 Milliarden Euro zahlen.

Foto Bloomberg

Einer der größten Bankenskandale in der Wirtschaftsgeschichte steht kurz vor der Aufklärung. Betroffen ist fast jeder. Die großen Banken der Welt haben in einem beispiellosen Kartell über Jahre hinweg den Zins manipuliert, die wichtigste Stellgröße der Wirtschaft. Sie haben ihn mit üblen Tricks nach unten und oben getrieben – genauso, wie es ihnen gerade passte. Und keiner konnte sich ihrer Machenschaften entziehen. Während man bei Zertifikaten oder komplizierten Finanzprodukten immer noch selbst entscheiden kann, ob man sie kauft, entkommt der Macht des Zinses keiner.

Auch Leute, die von der großen weiten Finanzwelt wenig halten und nur ein Konto oder einen Hauskredit bei der Sparkasse haben, konnten leicht zum Opfer werden. Unmittelbar manipuliert wurden zwar lediglich die Bankenzinssätze Libor und Euribor. Das hatte aber Folgen für Sparkonten und Sparpläne, deren Zins an den Bankenzins gekoppelt ist, wie sie zum Beispiel Volksbanken und Sparkassen auch für Privatkunden anbieten. Und bei der Festlegung vieler anderer Zinsen dient der Bankenzins zumindest als Richtschnur. Gesetzlich vorgeschrieben ist die Orientierung am Bankenzins sogar für die Dispo-Zinsen beim Girokonto bei der Sparkasse. „Betroffen von der Manipulation ist das Dispo-Zinsen wird verzerrt, wenn der Zins manipuliert wird.“ Schließlich verleiht der Unternehmer bei einer Investition immer: Welche Rendite bringt die Investition? Und welchen Zins bekomme ich, wenn ich das Geld am Kapitalmarkt anlege? Ist der Zins verfälscht, hinkt die ganze Rechnung.

Sogar in der Wissenschaft haben Professoren mit den gemau-

Die Libor-Bande

Nach und nach kommt heraus, mit welcher krimineller Energie Banken über Jahre den Zins manipulierten. Jetzt wehren sich die Opfer. Von Christian Siedenbiedel

schelten Libor-Sätzen gerechnet. „Der Libor ist als Referenzzins in vielen Studien verwendet worden“, sagt Jan-Pieter Krahn, Direktor des Center for Financial Studies in Frankfurt. Was soll man jetzt mit diesen Studien machen? Alle in die Tonne kloppen? So weit würde Krahn nicht gehen: Gleichwohl ist das Entsetzen über die Manipulation in der Wissenschaft stark.

Barclays, UBS und RBS müssen Strafe zahlen. Was ist mit der Deutschen Bank?

Die große Frage lautet: Wie war das überhaupt möglich? Und was hat die Banker motiviert?

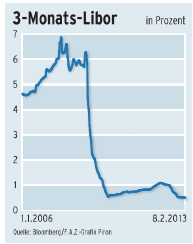
Für drei große Banken haben die Aufsichtsbehörden dazu jetzt ungläubige Berichte präsentiert: Mit der britischen Bank Barclays fing es an, dann kam die Schweizer UBS an die Reihe, vergangene Woche die Royal Bank of Scotland – und als Nächstes warten alle gespannt auf die Deutsche Bank.

Was dabei über das Verhalten der Banken herauskam, lässt Bankprofessor Burghof von „organisiertem Kriminalität“ sprechen. Um zu verstehen, wie man einen solchen Zins manipulieren kann, muss man das Verfahren betrachten, wie er entsteht. Der Libor wird weder von einer zentralen Stelle festgesetzt wie der Leitzins der Europäischen Zentralbank, noch kommt er am Markt durch Angebot und Nachfrage zustande. Er entsteht durch eine Art Umfrage bei großen Banken. Sie melden jeden Tag um elf Uhr an den britischen Bankverband BBA, zu welchem Zinssatz sie sich Geld von anderen Banken leihen könnten. Aus diesen Meldungen wird ein Durchschnitt gebildet – der „Libor“, auf den sich dann Zinsen von Darlehen, Sparguthaben und Finanzprodukten überall auf der Welt beziehen (siehe Grafik folgende Seite).

Das Problem nun: Banken leihen sich heute nur selten ohne Sicherheiten noch Geld. Es gibt zu wenige reale Geschäfte, auf die sich die Meldungen für den Libor gründen können. Das schafft Ermessensspielraum – und Interessenkonflikte. Man kann gut tricksen, indem man Zahlen meldet, die einem gera-

de passen. „Der Libor-Zins lud zu Manipulation geradezu ein“, sagt Elke König, die Chefin der Bankenaufsicht BaFin. „Aus heutiger Sicht macht mich das sprachlos.“

Vor allem zwei Motive trieben Banker an, den Zins zu manipulieren. Das eine war der sogenannte „Schaufenster-Effekt“: Banken versuchten in der Finanzkrise durch die Meldung eines zu niedrigen Libor-Wertes den Eindruck zu erwecken, sie könnten sich günstiger Geld leihen, als das in Wirklichkeit der Fall war. Dadurch sollten Kunden und Konkurrenten glau-



ben, die Lage der Bank sei besser, als sie damals war. „Low balling“ nennen die Banker dieses bewusste Nach-unten-Manipulieren. Gerade bei Barclays, aber auch bei der UBS spielte dieses Motiv eine Rolle. Das andere Motiv war die Habgier von Händlern, die den Zins manipulierten, weil es ihren Spekulationen gerade nutzte. Sie manipulierten den Zins nicht immer in eine Richtung, sondern mal nach oben, mal nach unten. Und machten Handelsgeschäfte für die Bank, von denen sie über eine Gewinnbeteiligung oder einen saftigen Bonus profitierten.

Insider schildern dieses Geschäftsmodell so: Derivatehändler deckten sich mit Wertpapieren ein, die man als Wette auf die künftige Entwicklung des Libor betrachten kann. Etwa Termingeschäfte auf den Drei-Monats-Libor. Diese Handelspositionen brachten ihnen Geld ein, wenn der Libor zu einem bestimmten Zeitpunkt eine bestimmte Höhe hatte. Dann sprachen sich die Händler mit anderen ab – zunächst innerhalb der Bank. Die Derivatehändler kungelten mit den Geldhändlern – jenen Leuten, die jeden Tag die Libor-Meldungen machten.

Als zweiten Schritt sprachen sich die Libor-Melder dann mit Kollegen aus anderen Banken ab. Das war offenbar ein Geben und Nehmen: Mal half der eine dem anderen, mal der andere dem einen. In einigen Fällen wurden auch Broker bestochen, die ihrerseits wieder anderen Banken zu niedriger oder zu hoher Zinssätze nannten.

Was waren das für Leute, die so was machten? Als extremes Beispiel wird in den Ermittlungsakten Tom Hayes genannt, ein 33 Jahre alter Händler der UBS in Tokio. Er war ein Star im Handelsraum und brachte seiner Bank Hunderte von Millionen Dollar ein. Für Hayes genügte ein winziges Rädchen, um gewaltige Summen zu bewegen: Er habe in einem Fall den Libor nur

um 0,01 Prozent manipulieren müssen, damit seine Spekulationsgeschäfte einen Gewinn von 450 000 Dollar abwarfen, wird berichtet. Davon machte er offenbar reichlich Gebrauch – und andere auch. Die Behörden jedenfalls kamen zu dem Schluss, zwischen 2005 und 2010 habe es bei der UBS mindestens 2000 Manipulationsversuche gegeben. Sie verdächtigen die Bank sogar, in dieser Zeit aus-

Die einen wollten ihre Bank besser dastehen lassen. Die anderen einfach nur zocken.

schließlich gefälschte Libor-Meldungen abgegeben zu haben.

Bei der Deutschen Bank hingegen, dem prominentesten Fall hierzulande, ist den Behörden vor allem die „French Connection“ aufgefallen: ein Ring von Händlern, die alle einen Bezug zu Frankreich hatten und sich deshalb auf Französisch verständigten. Das hatte für die Übeltäter den Vorteil, dass sie eine Zeitlang vor den automatisierten Scan-Programmen der Aufsicht geschützt waren. Diese Programme durchkämmten Mails von Händlern in heiklen Bereichen auf alle Worte, die auf Manipulationen hindeuten. Allerdings nur auf Englisch. Es soll eine der ersten Reaktionen auf den Skandal gewesen sein, dass die Aufsicht mehrsprachige Suchprogramme einsetzte.

Einer, der zu dieser „French Connection“ gehört haben soll, ist Christian Bittar. Er war bei der Deutschen Bank in London ein „Rainmaker“, wie die Investmentbanker ihre toughen Stars nennen. In nur einem Jahr soll er seiner Bank durch Zinswetten satte 500 Millionen Euro eingebracht haben. Fortsetzung folgende Seite.

EIN BALANCE-AKT



Frühling statt G8!

VON BETTINA WEIGUNY

Vorige Woche war Elternabend am Gymnasium. Es ging los wie immer: Man echaufferte sich heftig über das Schlessen. Kein Caterer trifft den Geschmack der Kinder, also rennen diese mittags zur Doner-Bude. Das ärgert die Eltern, die sich regionale Bio-Kost wünschen. Frisch zubereitet, fett-, zucker- und glutenfrei, alles zum kleinen Preis natürlich. Da es das nicht gibt, sucht man einen Kompromiss – der nie besser, aber von Jahr zu Jahr teurer wird. Und die Kinder essen weiter Doner. Alles wird geguldet also.

Dann aber stand Ungeheuerliches auf der Tagesordnung: „Rückkehr zu G9“. Nanu, dachte ich. Haben wir nicht unzählige Male die Einführung der verkürzten Schulzeit, kurz G8, diskutiert? Da hieß es immer: Abi, das geht auch schneller! In Sachsen, Amerika, Frankreich, überall, also auch bei uns. Nur ein Teil der Eltern sträubte sich, wegen Überforderung, Stress und so. Gut, Hasenfüße gibt es immer, da muss die Politik beherrzt durchregieren, sonst stockt jede Reform.

Nun aber ist Entscheidung angesagt. Es darf wieder länger gelernt werden. Zumindest an unserer Schule. Im Nachbarort nicht. Da bleibt die eine Schule beim Turbo-Abi, hat sich ja bewährt, die andere wartet ab, wie das bei der G9-Vorhut mit der Rolle rückwärts klappt. Vielleicht bietet sie beides parallel an. Das geht auch. Ist auch egal, irgendwie. Hessen lässt den Schulen (ähnlich wie Bayern und Baden-Württemberg) die freie Wahl – G8, G9, beides, jeder, wie er mag. Hauptsache, die Politik wird damit nicht behelligt. Womöglich geht auch G7 oder G10, französisches Abi-Bac oder High-School-Abschluss?

Unsere Achtklässlerin durfte jetzt sogar mitbestimmen, wie lange ihre kleinen Geschwister künftig zur Schule gehen. Putzig, oder? Ich finde, sie sollte auch über „Stuttgart 21“ entscheiden, den vorgezogenen Frühlinganfang beschließen und die Abschaffung des Karnevals.

VOLKES STIMME

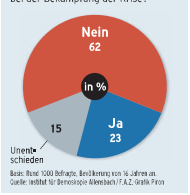
Institut für Demoskopie, Allensbach

Eurosurge bleibt lebendig

Trotz aller Anstrengungen der Euroroländer, die finanzielle Stabilität im Euroraum zu sichern, bleibt die deutsche Bevölkerung skeptisch. Die große Mehrheit der Deutschen (62 Prozent) hat derzeit nicht den Eindruck, dass die Euroländer Fortschritte bei der Bekämpfung der Krise machen.

Noch nicht über den Berg

Machen die Euro-Länder Fortschritte bei der Bekämpfung der Krise?



MERGER

Bankerin Dorothee Blessing verdient an Übernahmen, Seite 23

ÄRGER

Frankreichs Millionäre schotten sich ab, Seite 26

KÄRGER

In Frankfurt wird der Wohnraum knapp, Seite 28



Kommentar 24
Sonntagsökonomie 24
Interview 23/31
Personalien 31
Porträt 32

Fortsetzung von Seite 21

Die Libor-Bande

Der übermotivierte Händler der Deutschen Bank soll zusammen mit einem marokkanischen Kollegen von Barclays namens Philippe Moryoussef die Zinsmeldungen koordiniert haben. Bittar kannte Moryoussef von einer gemeinsamen Zeit bei der französischen Großbank Société Générale. Die zwei kommunizierten vor allem über ein Chatroom des Finanzdatensystems Bloomberg. Weitere Freunde der französischen Sprache sind englischen und französischen Banken machten mit – ein richtiger „Ring“ bildete sich, ein „Panel“.

Später gehörte Bittar zu den ersten, die im Zuge des Libor-Skandals die Deutsche Bank verlassen mussten – zusammen mit einem Kollegen. Stolz 40 Millionen Euro Bonus, die er eigentlich noch bekommen sollte, hält die Bank bis heute zurück. Mittlerweile arbeitet Bittar beim Hedgefonds Blue Crest in Genf. Zu den Vorgängen will er sich nicht äußern.

„Die French Connection wollte den Zins nicht manipulieren, um ihre Banken besser dastehen zu lassen“, sagt ein Insider. „Denn ging es nur darum, Geschäfte zu machen – und von ihrer Beteiligung an den Geschäften und einem höheren Bonus zu profitieren.“

Ein bisschen muss die Manipulation für die Bank gewesen sein wie ein großes Spiel: Die Mails der Händler, die aufgeflogen sind, lesen sich zumindest wie die SMS von Teenagern – mit vielen Smileys, Spitznamen und Abkürzungen. „6m“ etwa nannten die UBS-Leute den Sechs-Monats-Libor, „3m“ den Drei-Monats-Libor. Die Mails klangen dann so: „Ist Eure Meldung schon weg oder kann man den 3m noch ein wenig korrigieren?“ „Halte den 6m bis Dienstag hoch, dann lass ich ihn fallen.“ Und über einen Broker, der bestochen werden sollte, wurde geschrieben: „Er kann mit einer Fla-



Welchen Libor hätten Sie denn gern?

Foto Bloomberg

haupt Keenan. „Das war normal und gab es überall, spätestens seit 1991.“ Über Frankfurt könne er nichts sagen, in London aber hätten das praktisch alle Banken gemacht. „Es war gängige Praxis. Und alle wussten das.“

Wie viel die Chefs gewusst haben, das ist vor allem in der Deutschen Bank ein heikles Thema. Bislang haben die Ermittlungsbehörden keine Hinweise darauf gefunden, dass Anshu Jain, damals Chef des Investmentbanking, heute der ganzen Bank, zum Manipulieren angestiftet oder etwas gewusst hat. Trotzdem könnte ihn eine Mitschuld treffen, wenn Organisation und Kontrolle in diesem Bereich unzureichend gewesen sind. Der frühere Bankchef Josef Ackermann und Jain spielten eine Zeitlang das Spiel, sich gegenseitige die politische Verantwortung für den ganzen Skandal zuzuschreiben. Zuletzt hat das etwas nachgelassen.

Der frühere Bundesbankpräsident Axel Weber übrigens, den Ackermann gern als Nachfolger gesehen hätte, weil er eben nicht in diese brisanten Vorgänge verstrickt war, hat jetzt bei der UBS mit denselben Problemen zu kämpfen. Dabei nutzte es ihm offenbar wenig, dass er als früherer Bundesbankchef die Bankenaufsicht überall in Europa gut kennt: Die UBS musste die bislang höchste Libor-Strafe von allen zahlen – und rutschte tief in die roten Zahlen. Was macht man nun, damit solche Vorfälle nicht wieder passieren? In der vergangenen Woche drang aus der Deutschen Bank die Nachricht nach außen, es würden

noch einmal fünf Geldhändler der Bank wegen des Libor-Skandals beurlaubt – darunter auch zwei Bereichsleiter. Außerdem wurde mittlerweile das Investmentbanking umgebaut. Für die Libor-Melder wurden die Kontrollen verbessert sowie regelmäßige Plausibilitätsprüfungen eingeführt. Unmöglich macht das eine Manipulation aber auch künftig nicht. An der großen Lösung, einem Ersatz für das ganze Verfahren, beißen sich mehrere internationale Gremien die Zähne aus: Zum einen, weil jede Umstellung kaum absehbare rechtliche Folgen hätte. Zum anderen, weil man uneins ist, was überhaupt ein besseres Verfahren wäre.

Die Ermittlungen in Deutschland sollen jetzt im März einen ersten Abschluss finden. Dann will die Bankenaufsicht ihren Bericht über die Deutsche Bank vorlegen. Die Bankspitze scheint das Ganze ziemlich zu beunruhigen: Jedenfalls sagte Ko-Chef Jain unlängst bei einer Veranstaltung im Taunus-örtchen Königstein im Kreise von Topmanagern: „Das Thema macht mich am meisten krank.“ Vorsorglich hat die Bank bereits im dritten Quartal des vorigen Geschäftsjahres Rückstellungen für mögliche Strafzahlungen gebildet. Bafin-Chefin Elke König hätte die Banken nachdrücklich dazu aufgefordert. Immerhin geht es um gewaltige Summen: Die UBS hatte 1,5 Milliarden Dollar zahlen müssen, Barclays 453 Millionen Dollar, die Royal Bank of Scotland 616 Millionen Dollar. Das deutsche Recht sieht zwar keine so gewaltigen Strafzahlungen vor wie das angel-

sächsische – die Deutsche Bank dürfte aber auch in England und Amerika belangt werden. Eine Studie der Investmentbank Morgan Stanley hatte den Schaden für die Deutsche Bank auf immerhin 1,04 Milliarden Euro hochgerechnet. Viel komplizierter aber dürften die zivilrechtlichen Verfahren werden, die sich anschließen. Schließlich werden viele, die durch die Manipulationen geschädigt wurden, Ansprüche auf Schadensersatz geltend machen. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat die Finanzprodukte, die weltweit am Libor hängen, auf die unglaubliche Summe von mehr als 500 Billionen Euro geschätzt. Weil aber der Libor in so vielen Kalkulationen steckt, spricht Bankprofessor Burghoff davon, es gehe darum die Welt zurückzudrehen“, wenn man alle Folgen

der Manipulation mit Hilfe der Gerichte jetzt korrigieren wolle. Das Paradoxe dabei: Den größten Schaden insgesamt hatten die vielen Menschen, die für einen Kredit zu viel gezahlt haben oder für ein Sparguthaben zu wenig Zinsen bekommen haben. Ihre Zahl ist gewaltig. Jeder einzelne von ihnen hingegen hat einen vergleichsweise kleinen Schaden – so

das unklar ist, ob sich für ihn eine Klage überhaupt lohnt.

Umgekehrt spielen die Menschen, die komplexe Wertpapiere gekauft haben, die am Libor hängen, zahlenmäßig im Vergleich zur Weltbevölkerung eine eher untergeordnete Rolle. Jeder einzelne von ihnen könnte aber einen relativ großen Schaden geltend machen – so dass sich für ihn eine Klage eher lohnt.

Die möglichen Geschädigten sortieren sich auf jeden Fall schon. In Amerika haben sich Kommunen und Fondsgesellschaften zu einer Sammelklage zusammengeschlossen; darunter auch eine Tochtergesellschaft der Frankfurter Privatbank Metzler. Auch Menschen mit Hypothekendarlehen in Amerika sind auf den Barrikaden. Einer, der hierzulande an einer Klage arbeitet, ist der Anwalt Jochem Weck aus München von der Kanzlei Rössner Rechtsanwälte. Er unterscheidet allerdings sehr genau, für wen sich aus seiner Sicht ein gerichtliches Vorgehen lohnt.

Für all diejenigen, die lediglich indirekt durch die Zinsmanipulation geschädigt wurden, sehen die Juristen wenig Chancen. Und bei Darlehen, die direkt an den Bankenzins gekoppelt sind, könnte das Problem auftauchen, dass der Aufwand im Vergleich zum möglichen Schadensersatz zu klein ist. So gewaltig selbst eine minimale Änderung des Zinses für die ganze Welt ist, so klein sind die Auswirkungen auf kleinere Einzelkredite.

Immerhin führte selbst bei einem Darlehen über eine Million Euro eine Manipulation des Libor um zehn Basispunkte (etwa von

4,0 auf 4,1 Prozent) nur zu einem Schaden von 1000 Euro im Jahr. In einem langwierigen Verfahren dürfte schon der Anwalt mehr kosten.

Interessant wird eine Klage nur bei größeren Darlehen, meint Weck – wie sie in seinem Mandantenkreis etwa Kommunen oder Unternehmen aus der Schiffsfahrtsbranche vorzuweisen hätten. „Die massiven Schäden aber resultieren aus Derivaten“, sagt der Münchener Anwalt. Vor allem aus sogenannten Korridor-Swaps. Das sind Finanzprodukte, mit denen man sich gegen Zinsänderungen absichert. Dabei gibt es oft einen Grenzwert, der entscheidet, ob man mit dem Wertpapier einen großen Gewinn macht – oder einen großen Verlust: „Hier haben bereits geringe Veränderungen des Libors zu einer enormen Wirkung geführt“, sagt der Anwalt. Das mache die Klage attraktiv.

Die Beweisführung ist trotzdem äußerst schwierig. Als erstes muss man belegen, dass es überhaupt eine Manipulation gab. Da könnten die Berichte der Aufsichts- und Kartellbehörden helfen. Auch wenn die Banken vermutlich alles tun werden, um nicht zu viel Details daraus bekannt werden zu lassen – eben um die Aussichten von zivilrechtlichen Auseinandersetzungen nicht zu begünstigen.

Die Geschädigten müssten zeigen, wann genau die Manipulation den Zins in welche Richtung bewegt hat. Dazu muss man wissen, wie sich der Zins ohne Manipulation entwickelt hätte. Das ist nicht leicht: Die Anwälte verweisen auf finanzmathematische Modelle,

mit denen man anhand der Entwicklung anderer, paralleler Zinssätze eine theoretische Kurve simulieren könnte. Aber ob das als Beweismittel vor Gericht ausreicht?

Strittig scheint auch zu sein, ob man beweisen muss, dass es eine spezielle Bank war, die den Zins manipuliert hat, um diese auf Schadensersatz verklagen zu können – und dass man mit ihr überhaupt eine Geschäftsbeziehung hatte.

„Er kann mit einer Flasche Champagner und ab und an einem kleinen Bonus leben.“

Bei Zement wäre das so: Wenn ein Zementkartell, das es in Deutschland auch mal gab, für künstlich erhöhte Zementpreise gesorgt hat, dann kann man nur dann Schadensersatz geltend machen, wenn man von einem der Kartellbrüder tatsächlich beliefert wurde. Nicht, wenn man seinen Zement irgendwo anders gekauft hat.

Allerdings: Beim Libor und beim Euribor handelt es sich um sogenannte Referenzzinssätze. Es sind nicht einfach Preise zwischen einem Anbieter und einem Nachfrager, die aufgrund von Absprachen überhöht ausgefallen sind. Sondern es sind Finanzdaten, die auf die ganze Finanzwelt ausstrahlen. Das könnte ihre rechtliche Beurteilung anders ausfallen lassen, so wird zumindest spekuliert.

Wie auch immer die Antworten ausfallen: Schnell wird das Ganze nicht gehen. Juristen weisen zwar darauf hin, dass es in Amerika nicht unüblich sei, in ähnlichen Fällen einen Musterprozess zu führen, bei dem alle diese Fragen geklärt würden, und sich dann mit allen Geschädigten zu vergleichen. Ob das in diesem Fall so kommt, weiß aber niemand.

Auf der Bilanzpressekonferenz der Deutschen Bank vor gut einer Woche in Frankfurt wurde der verarmte Vorstand gefragt, ob die Auseinandersetzungen um den Libor-Skandal denn nun in diesem Jahr abgeschlossen würden. Stephan Leithner, der Vorstand der Deutschen Bank für Personal und Recht, sagte, das sei angesichts der Vielzahl von Verfahren leider „sehr, sehr unwahrscheinlich“. Vermutlich wird es viele Jahre dauern. Wenn man die ganze Welt zurückrechnen muss, schafft man das nicht an einem Tag.

ANZEIGE

Baumann Unternehmensberatung
Executive Search

Unsere Vakanzen finden Sie in **Beruf und Chance**

35 Jahre Expertise im Executive Search!

Seit 1988 die Nr. 1 im Stellenteil der FAZ!

www.baumann-ag.com

PREMIUM PARTNER DER **Frankfurter Allgemeine** ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

sche Champagner im Jahr, einem Besaunfts und ab und an einem kleinen Bonus leben.“

Ein wichtiger Grund dafür, dass es zu den Manipulationen überhaupt kommen konnte, war offenbar, dass man die Libor-Meldungen in den Banken nicht besonders ernst nahm. Obwohl der Zins für die Weltwirtschaft so wichtig ist, war das Risikobewusstsein gering. Entsprechend schlecht waren die Kontrollen, entsprechend wenig Überwachung gab es. Dem gibt Chefherrenin Elke König von der Bafin ein gerüttelt Maß Schuld an dem, was passiert ist: „Das war im Rückblick nicht sachgerecht.“

Gerade in der Finanzkrise hatte allerdings auch die Bankenaufsicht in vielen Ländern andere Sorgen. Sie wollte vermeiden, dass Banken kippen. Da so einigen ein Libor, der etwas beschönigt wurde, gerade recht gewesen sein.

Die harten Jungs unter den Bankern nahmen die Aufsicht ohnehin nicht ernst. Das geht aus den Störers hervor, die Douglas Keenan, in den 90er Jahren Händler bei der Investmentbank Morgan Stanley, unlängst vor dem Finanzschutz des Bundestages zum Besten gab. „Meine Kollegen und ich waren damals als Trader tätig und sahen die Aufsichtsbehörden im Grunde als Lachnummern an.“ Der Libor sei schon seit mehr als 20 Jahren manipuliert worden, be-

Manipulation des Libor

